

KI* – c/o Johannes Büttner, Bergstraße 6, 63743 Aschaffenburg

An die Regierung von Unterfranken
Kommunalaufsicht
(per mail)

Johannes Büttner
Stadtrat der
Kommunalen Initiative
Verbandsrat des
Zweckverbandes
Sparkasse
Aschaffenburg-Alzenau
Bergstraße 6
63743 Aschaffenburg
Tel/Fax: 06021/980251
Mobiltel:
0170-3333722
johannes.buettner
@kommunale-initiative.de

Zweckverband Sparkasse Aschaffenburg-Alzenau

- 1. Beschwerde wegen nicht notwendiger Vorab-Zuführung von Gewinnen der Sparkasse in die stille Reserve nach §340f HGB und der Nichtausweisung gegenüber den Trägern.**
- 2. Beschwerde wegen unbegründeter und willkürlicher Zuführung angesammelter Gewinne von 50 Millionen Euro in der Bilanz 2017 in den Fonds für allgemeine Bankrisiken.**
- 3. Beschwerde wegen unzureichender und gekürzter Vorlage des Jahresberichtes durch den Vorstand, gegenüber dem Verwaltungsrat und der Verbandsversammlung.**

14. Juli 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

Am 8. Juli 2019 fand um 18:00 Uhr die Sitzung des Zweckverbandes der Sparkasse Aschaffenburg-Alzenau statt. Diese erfolgte direkt im Anschluss nach der Sitzung des Verwaltungsrates unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Klaus Herzog und Landrat Dr. Ulrich Reuter.

Zu 1.

Wie jedes Jahr sind auch in diesem Jahresabschluss 2018 und der Bilanz zweistellige Millionenbeträge an Überschüssen nicht als Gewinn aufgeführt. Offiziell wird ein Bilanzgewinn von 3,6 Millionen ausgewiesen. Aber rund 17 Millionen sind diesmal in den stillen Reserven nach § 340f HGB gelandet und werden den Trägern als mögliche Gewinnabführung vorenthalten. Die Gesamtsumme des Gewinns vor Steuern von rund 30 Millionen Euro ergibt sich aus der Hochrechnung der Steuerquote von 26,5 % die rund 8 Millionen Euro betragen hat.

Dieser Gewinn von rund 30 Millionen Euro wurde nicht aufgeführt und gegenüber den Trägern nicht bekanntgegeben.

Dies sieht die KI als unzulässig an, da hier die sich ergebende mögliche Gewinnabführung an die Träger umgangen wurde. Eine Gewinnabführung die, wie in anderen bayerischen Städten, wie München, Nürnberg, Augsburg, Ingolstadt und

**Die demokratische
Wählerinitiative im
Stadtrat
Aschaffenburg*

*Mitglied bei attac und
Mehr Demokratie*

Regensburg normal sind. Vom Vorstand und dem Verwaltungsrat wird eine solche Möglichkeit auch für den Jahresabschluss 2018 abgelehnt, mit der Begründung, die Bank müsste sich auf alle Risiken vorbereiten – ohne konkret dies zu begründen.

Zu 2.

Über 6 Jahre – unter der Leitung des Verwaltungsrates von Landrat Dr. Ulrich Reuter und Oberbürgermeister Klaus Herzog und des neuen Vorstandes mit dem Vorstandsvorsitzenden Jürgen Schäfer - wurde durch die Anhäufung der nichtausgewiesenen Gewinne ein Fonds für allgemeine Bankrisiken aufgebaut der mit jetzt 200 Millionen Euro bei einer zusätzlichen Gewinnrücklage von 234 Millionen Euro absolut überdotiert ist. Die latenten Risiken betragen laut Risikobericht von 2017 insgesamt 33 Millionen Euro. Damit sind 167 Millionen zurückgehaltene Gewinne ohne Grund in diesem Fonds geparkt. Laut Prof. Dr. Guido Eilenberger, Professor für Finanzwirtschaft, handelt es sich hier um eine ungerechtfertigte Eigenmittelbeihilfe der Träger Stadt und Kreis, die laut EU-Beihilfeverfahrensordnung nicht angemeldet wurde und damit unzulässig sei.

Die Überdotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken – sieht die KI als unzulässiges anhäufen von Gewinnen, die der Allgemeinheit zustehen. Eine Gewinnabführung an Landkreis und Stadt ist hier zwingend geboten.

Zu 3.

Unzureichende Unterlagen bei der Vorlage des Jahresberichtes 2018

Im Vergleich zum Lagebericht 2017 fehlten in der vorgelegten Fassung des Lageberichts 2018 alle zum Vergleich notwendigen konkreten Daten im Risikobericht unter Punkt **4.2. Risikoarten**, Unterpunkt **4.2.1. Adressenrisiken**.

Es fehlte die Aufführung folgender Risikodaten in Form von Statistiken analog 2017:

Die Strukturmerkmale (Statistik)

Die Statistik der Ratingdaten?

Die eingesetzten Verfahren wurden nicht detailliert aufgeführt?

Die Auflistung der Bonität fehlte?

Ebenfalls fehlte die Statistik der Branchen!

Ebenfalls die Restlaufzeiten der Kredite, Wertpapiere und Derivate!

Es fehlte die Größenklassenstruktur der Forderungen an die Kunden!

Es fehlten die Quoten für das Kreditportfoliomodell!

Ohne diese fehlenden Daten, ist eine Überprüfung und Einschätzung der wirklichen Lage der Sparkasse Aschaffenburg-Alzenau nicht möglich. Diese Unterlage wurde auch dem Verwaltungsrat in seiner Sitzung direkt vor der Verbandsversammlung vorgelegt. Damit ist die Entscheidung über die Annahme dieses Lageberichtes durch den Verwaltungsrat ohne klare Kenntnisse der Risiken gefasst worden.

Unnachprüfbar Aussagen im Lagebericht ersetzen diese fehlenden Daten nicht - Aussagen wie: „Die Adressausfallrisiken entwickelten sich 2018 nahezu konstant ... bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der .. abgestimmten Grenzen“.

Oder: „Das Limit für Marktpreisrisiken ... wurde eingehalten“, oder „das Limit für den handelsbestand ... wurde ... eingehalten.“ (S.12) Oder auch „Das Zinsänderungsrisiko blieb im

Geschäftsjahr stets innerhalb der vorgegebenen Limite der Risikotragfähigkeit“ (S.13) - solche Aussagen ohne klare Datenlage sind unbrauchbar.

Mit dieser gekürzten und teilweise inhaltsleeren Vorlage fühle ich mich als Verbandsrat zur Entgegennahme der Bilanz und des Jahresabschlusses unzureichend informiert und protestiere energisch gegen dieses Verhalten des Vorstandes und der beiden Verwaltungsratsvorsitzenden Dr. Ulrich Reuter und Klaus Herzog.

Ich fordere hiermit die Kommunalaufsicht der Regierung Unterfranken auf, dem Vorstand der Sparkasse Aschaffenburg-Alzenau und den Verwaltungsrat aufzugeben, erneut die Bilanz und einen unzensierten Lagebericht 2018 vorzulegen und darüber zu beschließen zu lassen.

Der Verwaltungsrat soll sich entsprechend der Möglichkeiten der Sparkassenordnung für eine Gewinnabführung für gemeinnützige Zwecke einsetzen.

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken ist auf die notwendige Größe der möglichen Risiken abzuschmelzen und im Rahmen der Sparkassenordnung zum Teil als Gewinnabführung an die Träger auszusahlen.

Johannes Büttner
Verbandsrat